Aufsichtspflicht im Netz

Der Hinweis „Eltern haften für ihre Kinder“ begegnet uns auf Baustellen oder Spielplätzen. Sobald ein Kind einen Schaden öffentlichen Geländes anrichtet, müssen die Eltern diesen begleichen. Dennoch gilt diese Vorgabe hinsichtlich der deutschen Gesetzgebung als unvollständig. Grundsätzlich ist jeder Mensch für sein Handeln eigenverantwortlich. Bezüglich §828 Absatz 1 BGB („Wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist für einen Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich“) stellt sich die Frage, inwiefern die Tilgung des Schadens erforderlich ist. Ohnehin sind

Kinder, die das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht deliktfähig. Nach Absatz 2 des §828 BGB sind Kinder im Alter von sieben bis zehn Jahren im motorisierten Straßenverkehr nicht für ihr Handeln strafbar. In Anbetracht des dritten Absatzes des §828 BGB („Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat [...]“) spielt ebenso die „zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht“ - eine herausragende Rolle. Eltern unterliegen der gesetzlich geregelten Aufsichtspflicht. Diese ist abhängig vom Alter des Kindes, seinem

früheren Verhalten in ähnlichen Situationen, aber auch von den jeweiligen Umständen der Situation. Infolgedessen hängt die Beurteilung der Sachlage vom Einzelfall ab, denn es kommt auf die geistige Reife des Kindes an und dem Bewusstsein darüber, einen Fehler begangen zu haben. Aufgabe der Eltern ist es die Aufsichtsbedürftigen zu belehren, zu beobachten und zu überwachen; gegebenenfalls in ihr Handeln einzugreifen (§832 Abs. 1 Satz 1 BGB). Unter dieser Aufsichtsführung sind die Eltern zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Dies gilt jedoch nicht, wenn laut §832 Abs. 1 Satz 2 BGB die Eltern der Aufsichtspflicht genügen und der Schaden auch bei einer „Rund-um-die-Uhr“-Beobachtung entstanden wäre.

Mit Blick auf illegale Musikdownloads stellt sich die Frage, inwiefern Eltern die Nutzung des Internets durch ihr Kind kontrollieren können. Müssen sie sich über jegliche Handbewegung vergewissern, da ja bereits ein Knopfdruck genügt, um Musikalben, Kinofilme oder Videospiele herunterzuladen? Nach Angaben des Bundesjustizministeriums wurden allein im vergangenen Jahr mehr als 700.000 Abmahnungen verschickt. Der Bundesgerichtshof entschied hierzu, dass Eltern nur unter bestimmten Umständen für den illegalen Musiktasch ihrer Kinder im Internet haften müssen. Solange Eltern ihre Kinder über die Rechtswidrigkeit unterrichten und keinen Anlass zu Misstrauen haben, müssen sie für den finanziellen Schaden nicht aufkommen. Die Legitimation dieses Verhaltens ergibt sich aus dem Maßstab zur Pflicht der tatsächlichen Aufsichtsführung zum „Inhalt und Umfang der Aufsichtspflicht“ des Bundesgerichtshofs, der den Umfang gebotener Aufsicht von Minderjährigen unter Berücksichtigung des Alters, der Eigenart und des Charakters definiert. Es ist die Pflicht der Eltern, nach vernünftigen Anforderungen so zu handeln, dass Schädigungen Dritter durch ihr Kind verhindert werden. Der BGH-Beschluss beschreibt, wie mit zunehmendem Alter die Einsichtsfähigkeit wächst und die Anforderungen an die elterliche Aufsichtspflicht sinkt. Somit beschränkt sich die Pflicht der Eltern darauf, ihre Kinder über Verbote, wie dem illegalen Musikdownload, zu belehren, sie jedoch nicht pausenlos zu beaufsichtigen, sodass sie nach ihrem Alter, ihrer Eigenart und ihrem Charakter eigenverantwortlich für ihr Handeln sein können. Dennoch ist diese Pflicht unter Vorbehalt zu verstehen, da ein Gericht 30 Jahre lang einen Gerichtstitel vollstrecken kann und somit später noch Schadensersatz einfordern kann.

Lea Schönberger